

Vorhang auf für die Weihnachtshilfe

Bremen gehört seit 40 Jahren zu den festen Stationen im Tourneekalender des Circus Roncalli. Seit bald 15 Jahren besteht zwischen dem Zirkus und der Weihnachtshilfe des WESER-KURIER eine besondere Verbindung: Der Zirkus gehört nicht nur zu den treuesten, sondern auch zu den größten Unterstützern der Spendenaktion, an der auch das Sozialressort und die Sparkasse Bremen beteiligt sind. Der Erlös der Vorstellung am Dienstagabend – es handelt sich um eine fünfstelligen Summe – kommt der Weihnachtshilfe zu. Sie gibt ihn Cent für Cent weiter an nachweislich benachteiligte Bremer Familien, die in diesem Jahr in besonderem Umfang finanzieller Hilfe bedürfen. Wer kein Ticket für die Weihnachtshilfe-Vorstellung ergattert hat, muss sich allerdings nicht grämen – gespendet werden kann weiterhin. Das Spendenkonto der „Aktion Weihnachtshilfe“ bei der Sparkasse Bremen hat die IBAN DE22 2905 0101 0001 1650 00. Zudem sind in den Filialen der Sparkasse Spendenboxen aufgestellt. TEXT: WK/FOTO: FRANK THOMAS KOCH



Mäurer: Geldbußen sind angemessen

Verfahren gegen Feuerwehrmänner

VON RALF MICHEL

Bremen. Die drei Beamten, die im Zuge des Feuerwehrskandals vom Herbst 2020 mit Strafen belegt wurden, erhalten eine erneute Disziplinarverfügung. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hält die Geldbußen in unterschiedlicher Höhe, die die Feuerwehrmänner zahlen sollen, nach wie vor für angemessen. Auch, dass er die Verfahrensführung in diesem Fall an eine Sonderermittlerin delegiert hat, sei richtig gewesen, heißt es in der Antwort des Senators auf eine Anfrage der CDU.

Formfehler im Verfahren

Ein Formfehler hatte während des Disziplinarverfahrens gegen die drei Beamten dazu geführt, dass eine ursprünglich für Anfang November angesetzte Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht platzte. Die CDU nahm dies zum Anlass für mehrere Fragen an den Innensenator: Wie konnte es zu dem Formfehler kommen? Droht eine Verjährung des Verfahrens? Welche Konsequenzen zieht der Innensenator aus dem Fehler? Wie geht es konkret weiter?

Vor dem Erlass der Disziplinarbescheide wurde ein Passus im Landesgleichstellungsgesetz übersehen, erläutert die Innenbehörde. Es sei versäumt worden, die Frauenbeauftragte in das Verfahren einzubinden. Dies sei zwar bedauerlich, führe letztlich aber nur zu einer Verzögerung. Die neuen Bescheide würden schnellstmöglich verfügt, die erneute Anhörung der Beteiligten sei bereits eingeleitet. Anschließend werde die neue Verfügung erlassen, gegen die die Betroffenen erneut klagen könnten. Die Verjährungsfrist von in diesem Fall drei Jahren werde nicht überschritten.

Trio wird versetzt

Einen weiteren Aspekt dieses Falles, der insbesondere bei den Linken für Unmut sorgte, löst die Innenbehörde auf andere Art und Weise. Die Linke hatte moniert, dass die drei betroffenen Feuerwehrmänner, denen Sexismus, Mobbing und Homophobie vorgeworfen wurde, ihren Dienst nach wie vor gemeinsam an ihrer Wache versehen. Was die Feuerwehrleitung mit dem noch laufenden Verfahren begründete. Bis dahin sei das Trio als unschuldig zu betrachten.

Durch die für Ende Januar geplante Inbetriebnahme der neuen Feuer- und Rettungswache 7 an der Universitätsallee kommt es zur Versetzung von rund 140 Feuerwehrleuten. Darunter sind auch die drei Beamten, gegen die das Disziplinarverfahren läuft. Sie werden künftig keinen gemeinsamen Dienst mehr auf einer Wache machen, heißt es seitens der Innenbehörde.

Hälfte der Wettbüros bleibt geschlossen

Anbieter klagen gegen knappe Frist

VON FELIX WENDLER

Bremen. Bremen geht weiter gegen Sportwettbüros vor, die bestimmte Auflagen nicht erfüllen. Nachdem Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) im Sommer allen Wettbüros den Betrieb untersagt hatte, durften in den Folgewochen einige Wettstellen wieder öffnen.

Rund die Hälfte der Wettbüros ist nach Angaben der Innenbehörde allerdings weiterhin geschlossen. 15 positiv beschiedene Anträge stehen demnach 17 Ablehnungen gegenüber.

Zuverlässigkeit abgesprochen

Wie berichtet, wurde einem Betreiber von acht Wettstellen die Zuverlässigkeit abgesprochen. In einem der Büros seien Messer und Drogen gefunden worden. Zwei Einrichtungen bleiben weiterhin geschlossen, weil die rechtmäßige Herkunft des Geldes für den Betrieb nicht zweifelsfrei belegt sei, erklärt die Sprecherin des Innenressorts, Rose Gerds-Schiffler.

Diesen Zweifel hatte das Innenressort ursprünglich bei allen 32 Wettstellen als Schließungsgrund angeführt. Sieben Wettbüros haben Gerds-Schiffler zufolge keine Erlaubnis erhalten, weil sie das Abstandsgebot verletzt. In Bremen müssen Abstände zwischen einzelnen Wettbüros (250 Meter) und zu Schulen (500 Meter) eingehalten werden.

Verschärftes Abstandsgebot

Die Anbieter klagen laut Innenbehörde nicht nur gegen abgelehnte Anträge, sondern auch gegen eine Befristung der genehmigten Anträge bis zum 30. Juni 2023. „Damit sind die Anbieter nicht einverstanden. Sie halten die Frist für zu knapp“, sagt Behördensprecherin Gerds-Schiffler. Hintergrund ist eine Gesetzesänderung: Vom 1. Juli an wird das Abstandsgebot in Bremen verschärft – Wettbüros müssen dann 500 Meter auseinanderliegen.

Neue Regeln fürs Bauen

Senat legt gegen den Widerstand der privaten Wohnungsunternehmen „Bremer Standard“ fest

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Der Bremer Senat hat am Dienstag den sogenannten „Bremer Standard“ für die Entwicklung neuer Wohn- und Mischquartiere beschlossen. Ziel sei, auch in diesem Bereich dem Klimawandel entgegenzuwirken, heißt es in einer Mitteilung der Landesregierung. Erreicht werden solle das unter anderem durch ein Mobilitätsmanagement, um die Zahl der Autos zu reduzieren, den sparsamen Umgang mit Flächen, hohen energetischen Standards und Wärme aus erneuerbaren Quellen. Ferner wird in dem Katalog der Einsatz von Baustoffen und Bauweisen empfohlen, die die CO₂-Last der Neubauten mindern, zum Beispiel, indem Holz verwendet wird. Und es soll möglichst viel Grün auf den Dächern und zwischen den Häusern geben.

Der Senat feiert den „Bremer Standard“ als „Meilenstein für die Klimaanpassung“. Anders die privaten Wohnungsunternehmen: Sie sprechen von einem weiteren Kostentreiber für den Wohnungsbau, der ohnehin schon in einer historisch schlechten Verfassung sei. Bausenatorin Maïke Schaefer (Grüne) bestätigt diesen Befund und nennt die Gründe: „Rohstoffknappheit, Lieferkettenprobleme, Inflation und steigende Bauzinsen führen zu Unsicherheiten im Neubaubereich.“ Doch anders als die Wohnungsunternehmen, die massiv dagegen sind, in dieser Situation weitere Auflagen fürs Bauen zu machen, sieht sich Schaefer damit auf genau dem richtigen Weg: „Die energetischen Standards und der Fokus auf eine erneuerbare Strom- und Wärmeversorgung stellt

langfristig mehr Unabhängigkeit und Sicherheit in der Energieversorgung sowie dauerhaft niedrige Nebenkosten sicher.“ Außerdem verschaffe der „Bremer Standard“ den Investoren die Möglichkeit, frühzeitig und sicher zu planen, mit dem Ergebnis, dass schneller gebaut werden könne.

Diesen Aspekt betont auch Philipp Bruck, klimapolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion: „Damit wissen alle, die in Bremen bauen, worauf sie sich einstellen können.“ Der „Bremer Standard“ sei Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Grünen und Linken und liege nun ausformuliert vor.

„Davon profitieren am Ende alle: die Menschen von lebenswerten, grünen Quartieren mit niedrigen Energiekosten, die Investoren, die verlässliche Rahmenbedingungen haben, und natürlich vor allem das Klima“, so der Bürgerschaftsabgeordnete.

Nach Darstellung des Senats dienen die neuen Vorgaben der Verwaltung als, so wörtlich, „Orientierung“ bei der Aufstellung von Bauleitplänen und dem Abschluss von Verträgen. Bruck ist das zu vage: „Für uns grüne Abgeordnete gilt der Bremer Standard, wir werden ihn für alle neuen Bauprojekte in der Deputation verbindlich machen“, kündigt er

an. Ausnahmen bildeten solche Passagen, die als Empfehlungen gekennzeichnet seien, beispielsweise beim Baumaterial – bevorzugt soll das Holz sein. Hier werde der Standard künftig weiter entwickelt, um auch in diesem Fall verbindliche und messbare Vorgaben zu machen.

„Schlicht unrealistisch“

Olaf Mosel, Geschäftsführer des Vegesacker Wohnungsunternehmens M Projekt, schickt vorweg, dass er die grundsätzlichen Absichten teilt, die hinter dem „Bremer Standard“ stecken: „Wir sind für Klimaschutz, unsere Kunden auch.“ Vieles, was nun beim Bauen verlangt werde, sei aber schlicht unrealistisch. Die Menge von Photovoltaik zum Beispiel, die auf den Hausdächern verbaut werden müsse, oder das öffentlich zugängliche Grün – „pro Bewohner sechs Quadratmeter, wie soll das gehen, wenn es sich um bereits dicht besiedelte Gebiete handelt?“, fragt Mosel. Dann die Grundrisse – „sie sollen flexibel und zukunftsorientiert sein. Wer entscheidet das? Am Ende kann ich überhaupt nicht mehr bauen, was ich bauen will.“

Mosel gehört mit seiner Firma zur Arbeitsgemeinschaft der freien und privaten Wohnungsunternehmen im Land Bremen. Die mehr als 20 Mitglieder stellen nach eigenen Angaben rund 90 Prozent des privaten Wohnungsbaus in Bremen her. Die Unternehmen, sagt Mosel, müssten bereits seit einiger Zeit Bebauungspläne akzeptieren, von denen sie wüssten, dass sie im Detail nicht umsetzbar sind. Das sei nun mit dem „Bremer Standard“ vom Senat sozusagen in Stein gemeißelt worden.



Die Gartenstadt Werdersee: Hier wird noch gebaut, woanders nicht mehr – der Neubau von Wohnungen ist zum Erliegen gekommen. FOTO: JÜRGEN HINRICHS

An Sowjetgefangene soll in Osterholz erinnert werden

Landesarchäologie legt Abschlussbericht vor – Bovenschulte verkündet Ort der Gedenkstätte

VON FRANK HETHEY

Bremen. Die Grundsatzentscheidung kommt nicht überraschend: Sämtliche Überreste sowjetischer Kriegsgefangener, die auf dem früheren Friedhof an der Reitbrake gefunden wurden, sollen auf den Ehrenfriedhof in Osterholz umgebettet werden. Zugleich soll dort eine Gedenkstätte an den Vernichtungskrieg im Osten entstehen. Das hat Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) am Dienstag bei der Sitzung der staatlichen Kulturdeputation in der Kesselhalle des Schlachthofs klargestellt. Bovenschulte berief sich auf „klare Aussagen“ von russischer und ukrainischer Seite. Die Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu wie auch das Bremer Friedensforum hatten bis zuletzt eine Gedenkstätte vor Ort gefordert.

Zuvor hatte Landesarchäologin Uta Halle einen 18-seitigen Abschlussbericht zu den Grabungen an der Reitbrake vorgestellt. Danach sind seit der offiziellen Abschlussveranstaltung Mitte Oktober noch vier weitere vollständige Skelette geborgen worden. Damals war von 62 Skeletten die Rede, im Abschlussbericht werden 66 genannt. Hinzu

kommen sieben Särgen und mehr als 200 Erkennungsmarken. Wie Halle betonte, ist der Abschlussbericht der „Feldarbeit vor Ort“ aber noch keineswegs das Ende der Untersuchung. Erst jetzt beginne die Auswertungsphase, für die sie zwei bis drei Jahre veranschlagte. Dabei gehe es um die Körpergröße der aufgefundenen Individuen und andere anthropologische Befunde.

Mit Blick auf das weitere Vorgehen erklärte Bovenschulte, er könne sich keine Lösung ohne Zustimmung der beiden betroffenen Staaten vorstellen. Das sei völkerrechtlich entscheidend und nicht, was ein „Oberseminar“ feststelle – ein Seitenhieb auf die von BI, Friedensforum und Linken geforderte Expertenkommission. Laut Bovenschulte geht es jetzt nur noch darum, wie der Gedenkort in Osterholz gestaltet werden soll. Zusätzlich ist an der Reitbrake eine Informationstafel vorgesehen, auch das mit russischer und ukrainischer Billigung. Bislang hält unweit des früheren Friedhofs ein orthodoxes, jüngst erneuertes Holzkreuz die Erinnerung an die sowjetischen Kriegspopfer wach.

Auf Nachfrage von Olaf Zimmer (Linke)

verbürgte sich Halle dafür, dass auf dem Grabungsgelände keine weiteren Funde menschlicher Überreste zu erwarten seien. „Wir haben kubikmeterweise Sand gesiebt“, sagte die Landesarchäologin. Weitere Knochenfunde seien deshalb „ziemlich unmöglich“. Dass auf dem ursprünglich ins Auge gefassten Gesamtareal von 20.000 Quadratmetern noch Entdeckungen gemacht werden könnten, hält Halle für ausgeschlossen. Auf den alliierten Luftbildern von 1945 gebe es dafür keinerlei Hinweise. „Warum hätte man Tote anderswo bestatten sollen, wenn es auf dem Friedhof noch Platz gab?“

Gleichwohl will der CDU-Abgeordnete Claas Rohmeyer sichergestellt wissen, dass weitere Funde auch für den Bereich links des Grabungsareals ausgeschlossen werden können. Zudem fordert er vom Justizressort eine völkerrechtliche Expertise. Und eine Antwort auf die Frage, ob es eine gemeinsame Haltung von Russland und der Ukraine zum Umgang mit geborgenen Überresten gebe. Unterdessen sieht Ekkehard Lentz vom Friedensforum einen Zusammenhang mit der geplanten Bahnwerkstatt auf dem Friedhofsareal und stellt infrage, ob Russland der

Umbettung abschließend zugestimmt habe.

Bovenschulte stellte einen baldigen Senatsbeschluss zum Thema in Aussicht. Weil die nächste reguläre Sitzung der Kulturdeputation erst für Februar 2023 angesetzt ist, will Rohmeyer eventuell eine Sondersitzung beantragen.



Unweit des früheren Friedhofs an der Reitbrake steht jetzt ein neues orthodoxes Holzkreuz zur Erinnerung an die umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen. FOTO: FR